

An der Spitze im Westen



CDU

KREIS HEINSBERG

30. JAHRGANG - 322. AUSGABE
Mai 2023 Nr. 05

UNION HS

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG



Foto: Pixabay

Weitere Themen:

Krankenhausreform: So nicht!



Seite 5

Bundeskanzler völlig überfordert



Seite 8

Tolle Führung der Senioren Union



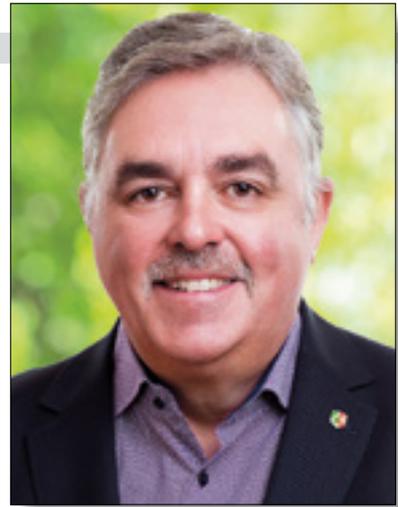
Seite 12

INHALT

- 2 Editorial
- 3 CDU-Kreistagsfraktion fordert nachhaltige ÖPNV-Finanzierung
„Dreck-weg“-Tag war voller Erfolg
- 4 „Parker“ enttarnt russische Hacker
- 5 Alleingang der Ampel bei Krankenhausreform
- 6 Einladung zum 60-jährigen Bestehen
Vier Jubilare und 120 Minuten Infos
- 7 Bericht von Sabine Verheyen Klimaneutrale Gebäude bis 2050
- 8 Kommunen brauchen dringend Hilfe: Bundeskanzler ist völlig überfordert!
- 9 Verbotspolitik der Ampel muss unterbunden werden
Schülerbesuche als Motivationsschub
- 10 Termine 2023
- 11 Politisches Frühstück soll klären, wie es mit der EU weitergeht
- 12 Interessantes über die Stadt und Wichtiges aus der Politik



EDITORIAL



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

vor Ostern sind die letzten Corona bedingten Beschränkungen aufgehoben worden, die uns behördlich oder auf dem Erlassweg auferlegt waren. Gut und richtig ist, dass zum Beispiel in Arztpraxen, Krankenhäusern, Senioren- oder anderen Einrichtungen weiterhin situationsbedingte Vorsichtsmaßnahmen verordnet werden können. Und natürlich kann man für sich entscheiden, wann man das Tragen einer Maske für geboten hält, zum Beispiel beim Einkauf oder in Menschenmengen.

Der Wegfall der behördlichen Beschränkungen macht es uns als Partei wieder leichter möglich, Veranstaltungen durchzuführen. Wir haben zweifellos innerparteilich, aber auch im Hinblick auf Bürger- und Informationsveranstaltungen einen Nachholbedarf. Da die Kommunalwahlen in gut zwei Jahren stattfinden werden, kann nun in den Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden eine Zwischenbilanz gezogen werden. Ich empfehle uns dringend, nicht erst in unmittelbarer Nähe zur Kommunalwahl Aktivitäten zu entwickeln.

Zunächst sind wir aber innerparteilich gefordert: Die Neuwahlen in den

Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden stehen an. Nicht in allen Verbänden oder Vereinigungen wird ein Umgang gepflegt, den man von Demokraten, die sich Parteifreunde nennen, erwarten darf. Wir sollten uns immer bewusst sein, dass der Gegner beim politischen Mitbewerber zu finden ist und nicht in den eigenen Reihen gesucht werden sollte. Unsere Wählerinnen und Wähler bewerten uns nicht nur daran, was wir politisch erreicht haben. Sie betrachten auch kritisch den Umgang, den wir miteinander pflegen.

Nun, da wir wieder mehr und einfacher Veranstaltungen durchführen können, sollten wir nach innen und außen ein Signal der Geschlossenheit und des fairen, sachlichen Umgangs miteinander abgeben.

Ich lade uns alle ein, deutlich zu machen, dass wir zurecht die führende politische Kraft im Kreis Heinsberg und in unseren Kommunen sind.

Herzliche Grüße aus Waldenrath,

Ihr
Bernd Krückel

INFOS AUS DER CDU-KREISGESCHÄFTSSTELLE:

Öffnungszeiten:

montags - freitags 9.00 Uhr - 12.00 Uhr,
dienstags und donnerstags 14.00 Uhr - 16.00 Uhr,

Die Kreisgeschäftsstelle ist am Freitag, 19.05.2023 geschlossen!

Bleiben Sie gesund!

Monika Schmitz · Ulrike Heuter · Alexander Scheufens

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juni/Juli 2023: 15.06.2023

CDU-Kreistagsfraktion fordert nachhaltige ÖPNV-Finanzierung

Noch vor den Osterfeiertagen haben wir auf unseren Vorschlag mit den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung in der Kreisausschuss-/Kreistagssitzung im Juni eingebracht, in dem wir, unter Verweis auf eine bereits in der Verbandsversammlung des Zweckverbands go.Rheinland beschlossene Resolution, eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs fordern.

Der ÖPNV ist elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Eine gut ausgebaute Struktur und ein bedarfsgerechtes Angebot tragen maßgeblich zur Attraktivität des Kreises bei. Eine auskömmliche Finanzierung ist daher unerlässlich. Nicht nur aufgrund der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und der damit verbundenen Attraktivitätssteigerungen des Angebotes im Kreis Heinsberg ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen; auch die jüngst beschlossene Einführung des 49-Euro-Tickets hat möglicherweise erhebliche finanzielle Auswirkungen bei uns auf kommunaler Ebene. „Der



Auch die Einführung des 49-Euro-Tickets hat möglicherweise Auswirkungen auf die Finanzierung des ÖPNV.

Kreistag sollte daher mit dem Beschluss über eine "Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr" auch im Kreis Heinsberg ein Signal an die Verantwortlichen in Bund und Land senden, denn dort müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden“, betont Harald Schlößer, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Zunächst wird sich der zuständige Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 2. Mai mit

dem Inhalt befassen, dies haben wir ergänzend, gemeinsam mit der FDP, beantragt. Der Fachausschuss soll die Vorlage eines Sachstandsberichts „Finanzierungsbedarf für einen attraktiven ÖPNV und Schienenpersonennahverkehr im Kreis Heinsberg“ beschließen, um zielgerichtet mit der Stellungnahme eventuell schon Vorschläge für eine gelungene Umsetzung mit auf den Weg zu bringen.

Redaktionsteam der Kreistagsfraktion

„Dreck-weg“-Tag war voller Erfolg

Große und kleine Hände halfen beim „Dreck-weg“-Tag in Kleingladbach auf Einladung unseres CDU-Ortsverbandes dabei, Kleingladbach von achtlos weggeworfenem Müll zu befreien.

Bei herrlichem Frühlingswetter arbeiteten alle Beteiligten zweieinhalb Stunden Hand in Hand.

Wir sagen herzlichen Dank bei so vielen fleißigen Helfern, es ist immer wieder schön zu sehen, dass auch bei der 5. Auflage immer wieder neue Gesichter auftauchen, über die wir uns sehr freuen.

Ein Dank gilt auch der Bäckerei Schmitz für die leckeren Knusperstangen als Stärkung für die Arbeit.



Nach getaner Arbeit waren die fleißigen Müllsammlerinnen und -sammler stolz auf ihre Leistung.

Zum Abschied verteilte ich mit Guido Gassen noch einen Ostergruß als

Dankeschön an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. **Jörg Markmann**



„Parker“ enttarnt russische Hacker

Am 28.02.2023 fanden in Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Städten Razzien statt, zeitgleich abgestimmt mit einem Zugriff in der Ukraine durch die dortigen Behörden.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW (ZAC NRW) wurden elf Beschuldigte wegen Erpressung und weiterer Delikte untersucht. Drei weitere befinden sich nach derzeitigem Untersuchungsstand in der russischen Föderation und somit außerhalb unserer Zugriffsgewalt. Die dahinterstehende Gruppierung, die weltweit Ransomware-Angriffe auf Unternehmen und Einrichtungen verübte, wird nun durch unsere Ermittlungsbehörden verfolgt.

Mit der Einrichtung der Cybercrime-Abteilung der Polizei NRW im Jahr 2019 ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Cyberkriminalität in NRW getan worden. Die ZAC NRW ist ein wichtiger Bestandteil des Abwehrsystems, das mit modernster Technologie und Expertenwissen ausgestattet ist. So kann die Polizei NRW schnell und effektiv gegen kriminelle Gruppierungen im Netz vorgehen und Durchsuchungen durchführen.

2020 kam es zu einem Cyberangriff auf das Universitätsklinikum Düsseldorf. Die digitale Infrastruktur wurde gekapert, Lösegeld in Millionenhöhe verlangt. Patienten konnten damals teilweise

nicht mehr behandelt werden. Es war ein brutaler Schlag gegen eine empfindliche Infrastruktur. In diesem Zuge wurde vom Landeskriminalamt NRW die Ermittlungskommission "Parker" eingerichtet. In den Folgejahren fielen auch die Funke Mediengruppe und weitere Institutionen und Unternehmen in Deutschland und im Ausland ähnlichen Angriffen zum Opfer. Die NRW-Ermittler übernahmen bundesweit die zentrale Ermittlungsführung. Ein Hackerangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld führte dann sogar dazu, dass der Katastrophenfall ausgerufen werden musste.

Die Ermittlungen gegen die Hackernetzwerk-Gruppierung waren umfangreich und wurden bereits europäisch als auch außereuropäisch durchgeführt. Auch die Öffentlichkeitsfahndung wurde europaweit veranlasst. Im Rahmen der umfangreichen und technisch hochkomplexen Ermittlungen konnten die Ermittlerinnen und Ermittler des LKA NRW den Tatverdacht gegen mehrere Beschuldigte begründen, die unter dem Pseudonym „DoppelSpider / DoppelPaymer“ oder „PayOrGrief“ auftraten, und in der Folge Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse erwirken. Europol begleitete die entsprechenden Maßnahmen. Dabei kam es zu Hinweisen, dass einige der Beschuldigten Verbindungen zum russischen Geheimdienst und zur Wagner-Gruppe haben. Nach drei weiteren Beschuldigten wird nun internati-

onal gefahndet. Die Enttarnung dieses russischen Hackernetzes zeigt uns, wie wichtig es ist, den Schutz der digitalen Infrastrukturen von Unternehmen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen und weltweit zu erhöhen. Die Professionalisierung und Vernetzung der staatlich unterstützten Tätergruppierungen sowie die Fragilität der informationstechnischen Infrastrukturen machen uns alle anfällig für Cyberangriffe.

Es ist daher unerlässlich, dass wir unsere Cybersicherheitsmaßnahmen verbessern und ausbauen, um uns gegen diese Bedrohung zu wappnen. Die Einrichtung der Cybercrime Abteilung der Polizei NRW war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen jedoch weiterhin in Technologie und Personal investieren, um sicherzustellen, dass wir auf dem neuesten Stand der Technik sind und den wachsenden Herausforderungen durch Cyberkriminalität gewachsen sind.

Unsere Behörden stehen in einem stetigen Wettrennen mit verschiedensten Hackergruppen, die oft nur so gefährlich werden können, da sie finanziell massiv von Regierungen unterstützt werden. Wir müssen uns dieser Bedrohung bewusst sein und die Kräfte der europäischen, westlichen, demokratischen Staaten bündeln, um unsere digitalen Infrastrukturen zu schützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Thomas Schnelle

So erreichen Sie Bernd Krüchel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764

Fax: 0211/8843319

E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven

So erreichen Sie Thomas Schnelle:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780

Fax: 0211/8843319

E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

Alleingang der Ampel bei Krankenhausreform

Der Krankenhausreform in Nordrhein-Westfalen geht ein dreijähriger Prozess voraus, der von großem gegenseitigen Vertrauen zwischen Krankenhäusern, Trägern und Regierung geprägt war.

Gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens hat unser Gesundheitsminister Laumann den fortschrittlichsten Krankenhausrahmenplan Deutschlands erarbeitet und einvernehmlich verabschiedet. Mit dem neuen Krankenhausplan, der im April 2022 veröffentlicht wurde, wird die gewachsene Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und zukunftsfest ausgerichtet. Doch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach stellt die durch das Grundgesetz garantierten Zuständigkeiten der Länder für die Krankenhausplanung nun grundsätzlich in Frage. Obwohl die Krankenhausplanung Ländersache ist und der Bundesgesundheitsminister den Ländern in Bezug auf die Krankenhausreform des Bundes eine Beteiligung auf Augenhöhe öffentlich zusicherte, warnte Lauterbach das Land Nordrhein-Westfalen vor einem „Alleingang“ bei der Krankenhausplanung. Zukünftig sollen in Berlin die Regeln definiert werden, welches Krankenhaus welche Leistungen anbieten und abrechnen könnte. Obwohl die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren eine von allen Akteuren unterstützte Krankenhausrahmenplanung erarbeitet hat, welche bereits in der Umsetzung begriffen ist, wird diese somit durch die Bundesregierung in Zweifel gezogen. Der Bundesgesundheitsminister hat mit seiner Reform die Zuständigkeit der Länder in Frage gestellt und damit Verunsicherung in der Krankenhauslandschaft verursacht. Die zentralisierte Planung der geplanten Reform geht am Bedarf und den Gegebenheiten vor Ort vorbei und wird die Qualität der Versorgung nicht verbessern. Stattdessen droht eine Einschränkung der



Bundesgesundheitsminister Lauterbach stellt mit seiner Reform die Zuständigkeit der Länder in Frage und verunsichert die Krankenhauslandschaft enorm. Foto: Pixabay

Versorgung und eine Benachteiligung ländlicher Regionen. Zudem ist fraglich, ob die geplante Reform überhaupt umsetzbar ist. Denn die Versorgung der Bevölkerung ist eine komplexe Angelegenheit, die von vielen verschiedenen Faktoren abhängt. Die Planung von Krankenhäusern sollte daher auf lokaler Ebene erfolgen, um den Bedarf der Bevölkerung bestmöglich abzudecken. Eine zentrale Planung aus Berlin kann hierbei nicht adäquat auf die Gegebenheiten vor Ort reagieren und damit nicht die beste Versorgung gewährleisten. Die neue Krankenhausplanung in NRW ist auf den Bedarf der Bevölkerung zugeschnitten. Die Umsetzung dieses Plans wird durch rund 2,5 Milliarden Euro flankiert, die notwendige Neu- und Umbauten fördern und den Krankenhäusern den Rücken stärken. Hinzu kommen noch die jährlichen Pauschalmittel für Krankenhausinvestitionen, die ab dem Jahr 2023 um 195 Millionen Euro auf insgesamt 765 Millionen Euro erhöht werden. Die Landesregierung stärkt damit den Krankenhäusern den Rücken und setzt den Abbau des In-

vestitionsstaus in den Krankenhäusern konsequent fort. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung die Zuständigkeit der Länder in der Krankenhausplanung respektiert und gemeinsam mit den Ländern an einer besseren Versorgung der Bevölkerung arbeitet. Die beiden Krankenhausplanungen können miteinander in Einklang gebracht werden, dafür muss Berlin allerdings auch zu einem konstruktiven Dialog zurückkehren. Die letzte Äußerung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach lässt hier auch eine erste Einsicht erkennen. Daher haben unsere Koalitionsfraktionen im März beantragt, nicht nur die Umsetzung der NRW-Krankenhausreform wie geplant fortzuführen, sondern auch die Regierung aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die beiden Reformen ineinandergreifen und die Länderkompetenz von Minister Lauterbach respektiert wird. Nur so kann eine flächendeckende, hochwertige Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen und letztlich auch in ganz Deutschland sichergestellt werden.

Bernd Krückel

Einladung zum 60-jährigen Bestehen

Ein großes Ereignis wirft seinen Schatten voraus, denn am Samstag, dem 6. Mai 2023, feiert die Frauen Union ihr 60-jähriges Bestehen im Kreis Heinsberg. Gefei-ert wird ab 15 Uhr im Haus Hall, Hagbrucher Straße 1 in Hückelhoven-Ratheim.

Die Vorbereitungen der Frauen Union laufen auf Hochtouren. Als Schirmherrin und Festrednerin konnte mit Ina Scharrenbach die Landesvorsitzende der Frauen Union und Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisie-



*Ina Scharrenbach
Landesvorsitzende der Frauen Union*

rung des Landes Nordrhein-Westfalen, gewonnen werden. Sie wird zum Thema „Frauen im 21. Jahrhundert“ zu den Gästen sprechen. Geplant ist ein interessantes Rahmenprogramm. Für die musikalische Unterhaltung wird Heinz Randerath sorgen, die Lachmuskeln wird die Kabarettistin Monika Hintsches ordentlich auf Trab bringen.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen allen an diesem Nachmittag das 60-jährige Bestehen zu feiern und hoffen auf angenehme Stunden und gute Gespräche.

Karin Mainka
FU-Kreisvorsitzende

Vier Jubilare und 120 Minuten Infos



Helmut Frenken ehrte die Jubilare Heinz-Josef Minkenberg, Peter Deckers, Karl-Lorenz Krebs und Peter Gering für 50 beziehungsweise 25-jährige Mitgliedschaft (von links).

23 Mitglieder des CDU Ortsverbandes Oberbruch trafen sich kürzlich zur Mitgliederversammlung im Haus Nobis.

Nach der Begrüßung leitete der kommissarisch tätige 1. Vorsitzende Helmut Frenken zur Vorstellung des derzeit amtierenden Vorstands über. Er führte aus, dass der Ortsverbandsvorstand in dieser Übergangskonstellation (Helmut Frenken, Max Rütten – 2. Vorsitzender (komm.), Guido Schranz - Schriftführer, den Beisitzern Marita Maybaum, Guido Rütten, Herbert Esser, Markus Ullrich und dem JU Vertreter Kai Caron) die Verantwortung für die politische Arbeit der CDU in Oberbruch bis zur Neuwahl am 7. September 2023 übernehmen wird. Bei der Ehrung verdienter Mitglieder dankte Frenken den Parteifreunden Karl-Lorenz Krebs und Heinz-Josef Minkenberg für 50 Jahre sowie Peter Gering und Peter Deckers für 25 Jahre Treue zur CDU, verbunden mit dem Wunsch an die vier, auch weiterhin an der Gestaltung

der politischen Arbeit im Ortsverband teilzunehmen. Im Anschluss berichteten Guido Rütten, Guido Schranz und Marita Maybaum über ihre politische Arbeit im Rat der Stadt Heinsberg. Die in einer Powerpointpräsentation aufgearbeiteten Informationen von einer Presseschau, Wissenswertes zu den Themen Wurm- enpark, Dreifachturnhalle und Toilet- tensanierung an der Gesamtschule, Flüchtlingssituation, Kindergartenplät- ze, Kommunaler Ordnungsdienst und Radwegekonzept bis hin zum Haushalt der Stadt weckten bei den Zuhörerinnen und Zuhörern großes Interesse. Zum Abschluss berichtete Herbert Esser über seine Arbeit im Kreistag. Mit den Schwerpunkten Geschichte und Haus- halt des Kreises und dem Wasserstoff- projekt H2HS traf er dabei absolut ins Schwarze. Nach einigen Punkten zu Ver- schiedenes beendete der 1. Vorsitzende nach 120 sehr informativen Minuten die Mitgliederversammlung.

Redaktionsteam

INFOS AUS DER CDU-KREISGESCHÄFTSSTELLE:

Liebe Leserinnen und Leser unserer Union HS,

es wurde bereits mehrfach der Wunsch an uns herangetragen, die Union HS in digitaler Form zu übermitteln.

Falls Sie die Union HS nicht mehr in Papierform per Post erhalten möchten, melden Sie sich einfach bei uns unter: info@cdu-kreis-heinsberg.de

Wir werden dies dann in unserer Zentralen Mitgliederdatei vermerken und Sie erhalten die Union HS künftig nur noch per E-Mail.

Selbstverständlich können Sie unsere Mitgliederzeitung auch auf unserer Homepage unter www.cdu-kreis-heinsberg.de einsehen.



SABINE VERHEYEN

EUROPA - WEIL'S GEMEINSAM BESSER GEHT

Klimaneutrale Gebäude bis 2050

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Europäische Parlament hat letzten Monat den Entwurf von Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen von Gebäuden angenommen. Die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden soll dafür sorgen, dass der Gebäudesektor in der EU bis 2030 wesentlich weniger Treibhausgasemissionen erzeugt sowie weniger Energie verbraucht und bis 2050 klimaneutral wird. Außerdem sollen mehr energieineffiziente Gebäude renoviert und der Austausch von Informationen über die Gesamtenergieeffizienz besser werden.

Die Relevanz des Sektors für den Klimaschutz ist nicht von der Hand zu weisen. Laut der Europäischen Kommission sind die Gebäude in der EU für 40% unseres Energieverbrauchs und 36% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der Gebäudesektor muss daher ohne Frage dazu beitragen, dass die Klimaziele erreicht werden können. In meinen Augen bringt die Richtlinie allerdings gewaltige Herausforderungen mit sich, welche der Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht gerecht wird. So sollen beispielsweise ab 2028 alle Neubauten emissionsfrei sein. Für öffentliche Gebäude soll diese Vorgabe schon ab 2027 gelten. Im Fokus wird aber auch besonders die Sanierung bereits bestehender Gebäude sein. Auf einer Skala von A bis G, wobei die Energieeffizienzklasse G den Gebäuden mit den schlechtesten Werten im Gebäudebestand eines Mitgliedstaats entspricht, müssen Wohngebäude der Richtlinie zufolge bis 2030 mindestens

Klasse E und bis zum Jahr 2033 die Energieeffizienzklasse D erreichen.

In der Realität wird dies sowohl für



Gebäudeeigentümer als auch für Mieter zukünftig eine erhebliche Belastung darstellen. In Zeiten von Inflation, Arbeitskräftemangel und hohen Energiepreisen wird der Zwang von energetischen Sanierungen des Eigentums für viele Bürgerinnen und Bürger schlichtweg nicht umsetzbar sein. Doch auch viele Mieter, von der gewerblichen Nutzung bis zum sozialen Wohnungsbau, werden sich auf höhere Kosten einstellen müssen, da bei der Investition in die Energieeffizienz von Gebäuden auch immer die Gefahr von steigenden Mieten besteht.

Ein Sanierungszwang statt Sanierungsanreiz ist meiner Ansicht nach daher der falsche Weg. Ein wichtiger Schritt hinsichtlich möglicher Anreize wurde durch die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf den Gebäudesek-

tor bereits umgesetzt. Dadurch gibt es für Eigentümer zumindest einen wirtschaftlichen Anreiz, die energetische Bilanz ihrer Gebäude zu verbessern. An dieser Stelle muss angesetzt und weitere Anreize geschaffen werden.

Emissionsfreie Gebäude sind ein wichtiger Schritt hin zur Klimaneutralität, doch muss die Umsetzung für alle Menschen realisierbar sein. Bei der Ausgestaltung der Richtlinie muss daher eine richtige Balance zwischen den ökologischen, wirtschaftlichen, aber besonders auch sozialverträglichen Aspekten sichergestellt werden.

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37
52062 Aachen

Tel.: 0241 - 5600 6933/34

Fax: 0241 - 5600 6885

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Daniela Gebauer
Florian Weyand

Europabüro Brüssel

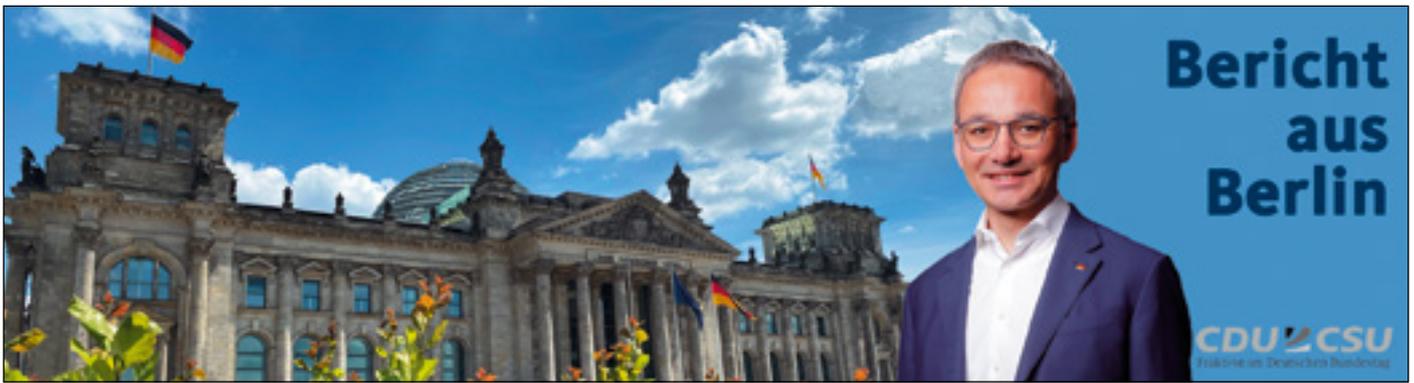
Rue Wiertz SPINELLI 15E202
B 1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 37299/47299

Fax: 0032 228 49299

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Katharina Bertl
Jill Maassen



Kommunen brauchen dringend Hilfe: Bundeskanzler ist völlig überfordert!

Der Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik folgten mehr als 400 Gäste, darunter überparteilich zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister.

Sie schilderten sehr deutlich, wie dramatisch die Lage in den Kommunen ist. Vor Ort fehle es insbesondere an Wohnraum, an Kapazitäten für die Integration sowie an Kita- und Schulplätzen. Die Stimmungslage in der Bevölkerung sei sehr angespannt und engagierte Ehrenamtler wenden sich immer häufiger frustriert ab, weil sie sich überfordert sehen und von der Bundesregierung keine Unterstützung in Aussicht gestellt werde. Insbesondere richtete sich die Kritik an Bundeskanzler Scholz, der nicht nur tatenlos zuschauen, sondern auch nicht einmal auf die Hilfebriefe der Kommunen reagiere, sowie Innenministerin Faeser, die die notwendigen Maßnahmen nicht ergreife. Unser Land befinde sich in einer Migrationskrise, die ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung erfordere, so die Situationsbeschreibung und deutliche Forderung der kommunalen Gäste. Auf dem Kommunalgipfel hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Posi-



Mehr als 400 Gäste verfolgten die Beiträge und Diskussionen beim von der CDU/CSU initiierten Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik.

tionspapier „Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Migrationskrise beendet werden kann. Darin plädieren wir u.a. einerseits für die Begrenzung der irregulären Migration, andererseits für die Trennung von Asylverfahren und Arbeitsmigration. Die Ko-

alition dürfe zudem keine weiteren Anreize für eine zusätzliche Migration nach Europa setzen. Staaten, aus denen nur wenige Asylbewerber kommen, sollen als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, was Verfahrenserleichterungen mit sich bringt. Hier blockieren insbesondere die Grünen bereits seit Jahren über den Bundesrat. Zudem benötigen die Kommunen Hilfe bei der Unterbringung und Betreuung von Migranten sowie eine rasche finanzielle Unterstützung. Bund und Länder müssen eine tragfähige Lösung finden, so wie es nach 2015 mit den von der unionsgeführten Bundesregierung initiierten Entlastungen der Fall war. Das von Bundeskanzler Scholz für Mitte Mai 2023 angekündigte Treffen mit den Ministerpräsidenten kommt viel zu spät. Zudem sollte er auch den Kommunen

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg

Tel.: 02452 - 9788120

Fax: 02452 - 9788125

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 22777231

Fax: 030 - 22776233

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

Gehör geben und sie nicht ignorieren. Die Zeit drängt. Scholz wird mit seiner Untätigkeit nicht dem gerecht, was er im Wahlkampf angekündigt hat: Verantwortung übernehmen zu wollen. Offensichtlich ist er mit den Aufgaben eines Bundeskanzlers überfordert. Die zahlreichen Vorträge und Forde-

rungen der kommunalen Gäste werden wir nun aufarbeiten und fließen neben unserem Positionspapier in Initiativen und Anträge ein, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag einbringen wird. Wir sind bereit, als konstruktive Oppositionsfraktion gemeinsam mit der Ampel-Koalition an

Lösungen zu arbeiten, damit die Überlastung der Kommunen und die Migrationskrise ein Ende nimmt. Das Positionspapier finden Sie unter https://www.cducsu.de/sites/default/files/2023-03/Positionspapier_Für_Humanität_und_Ordnung_in_der_Asyl_und_Flüchtlingspolitik.pdf

Verbotspolitik der Ampel muss unterbunden werden

Zeitenwende war das Wort des Jahres 2022. Doch anstatt den Worten entschlossene Taten folgen zu lassen, ist die Politik der Ampel-Koalition geprägt von Zerstrittenheit, Untätigkeit und Verboten.

Die Regierung hat im Jahre 2023 erst zehn Gesetze beschlossen. Mancher mag denken, es sei auch gut, dass nicht noch mehr falsche und schlechte Gesetze im Deutschen Bundestag verabschiedet worden sind. Letztlich ist diese Zahl aber ein ernüchternder Beleg dafür, dass die Ampel-Koalition tief zerstritten, uneinig und nahezu handlungsunfähig ist. Dies ist in den aktuell schwierigen Zeiten des Ukrainekriegs, der Energiekrise, der Migrationskrise und der Spannungen zwischen China und Taiwan ein besorgniserregender Zustand unserer Bundesregierung. Als wäre dies nicht schon genug, überbietet sich die Ampel-Koalition mit Verboten für unser Land. Gerade die Grünen wollen ihre Regierungsbeziehung dazu nutzen, ihre Ideologie umzusetzen. Fleisch- und Böllerverbot,

Autowaschverbot, Werbe- und Luftballonverbot sind nur ein Teil der ange-dachten Pläne. Landwirtschaftsminister Cem Özdemir ging mit seinem Werbeverbot für bestimmte Lebensmittel voran.

Die größte Kritik richtet sich nun zu Recht gegen Wirtschaftsminister Habeck. Sein Vorstoß, Öl- und Gasheizungen ab 2024 zu verbieten und Bestandsheizungen zwar noch reparieren lassen zu dürfen, aber nur im Ausnahmefall durch eine andere Öl- oder Gasheizung vorübergehend ersetzen zu können, stößt auf breite Ablehnung. Sie trifft die Bürgerinnen und Bürger in ihrem absoluten Privatbereich: ihr Eigenheim, ihr Eigentum, ihre Wohnung, ihr Zuhause. Derartige Verbotsankündigungen lösen bei den Menschen in den ohnehin schon schwierigen Zeiten größte Verunsicherung aus. Das merke ich in den Gesprächen mit den Menschen und an ihren Zuschriften sehr deutlich. Das Verhalten der Ampel ist schlicht unverantwortlich.

Dabei spricht keiner gegen das grundsätzliche Ziel, den Verbrauch von

fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Der vorgeschlagene Weg dorthin wird aber als Überforderung angesehen. Das betrifft die Menschen, betrifft aber auch das Handwerk, das letztlich diese Vorgaben umsetzen muss. Bei Liefer-schwierigkeiten, Materialknappheit, Fachkräftemangel oder Inflation ist der vorgegebene Zeitplan der Ampel einfach unrealistisch.

Daher kann das allseits gewünschte Ziel der Energiewende nur erreicht werden, wenn die Menschen mitgenommen werden, genügend Zeit zur Umsetzung gewährt wird und hinreichende Förderprogramme aufgestellt werden, damit die Menschen nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen auf diesem Weg begleitet werden. Technologieoffenheit ist ebenso wichtig. Eine Wärmepumpe ist für Altbauten nicht unbedingt die Lösung und Fernwärmenetze müssen auch erst einmal aufgebaut werden. Das geht nicht von jetzt auf gleich. Die Ampel muss das Schüren von Unsicherheit beenden, die Verbotspolitik einstellen und damit die geplanten Verbotsgesetze beiseitelegen.

Schülerbesuche als Motivationsschub

Ich bin immer wieder erfreut darüber, dass sich Schülerinnen und Schüler sowohl für die politische Arbeit im Bundestag, speziell aber auch für das, was ich hier in Berlin für unsere

Region bewirke, interessieren. Vielleicht kann ich dazu beitragen, dass sich diese jungen Leute demnächst selbst politisch engagieren. Mich würde es freuen.



Mehrere Abschlussklassen des Berufskollegs für Wirtschaft in Geilenkirchen.



Schülergruppe der Betty-Reis-Gesamtschule Wassenberg.

MAI

CDU GV Gangelt

Mitgliederversammlung mit Wahl der Vertreter f. d. Kreisvertreterversammlung zur Europawahl 2024

Mittwoch, 03.05.2023 | 19:00 Uhr
Gaststätte „Dalmacija“, Bahnhofstr. 9, Gangelt (Birgden)

CDU SV Heinsberg

CDU OV Unterbruch: Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes

Mittwoch, 03.05.2023 | 19:30 Uhr
Restaurant „Altes Brauhaus“, Wurmstraße 4, Heinsberg (Unterbruch)

CDU SV Hückelhoven

CDU OV Ratheim/Altmyhl: "Was kann Ratheim?"
Besichtigung der neuen THW-Unterkunft in Ratheim

Freitag, 05.05.2023 | 17:00 Uhr
THW-Unterkunft (Alte Kohlenwäsche), Zechenring 33, Hückelhoven (Ratheim) anschl. Dämmerschoppen in der Gaststätte „Altmyhl 62“, Dorfstr. 62, Hückelhoven (Altmyhl)

CDU Selfkant Vorstandssitzung des Gemeindeverbandes

Mittwoch, 10.05.2023 | 19:00 Uhr
Schützenheim Süsterseel, Suestrastraße 2, Selfkant

Frauen Union (FU) Jubiläum "60 Jahre Frauen Union"
Festrednerin: Ina Scharrenbach MdL (NRW-Ministerin und FU-Landesvorsitzende)

Samstag, 06.05.2023 | 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Haus Hall, Hagbrucher Straße 1, Hückelhoven (Ratheim)

Für die Unterhaltung sorgen Kabarettistin Monika Hintsches und Sänger Heinz Randerath. (s. Seite 6)

Frauen Union Geilenkirchen:

Aktion "Rosen zum Muttertag"

Freitag, 12.05.2023 | 8:00 Uhr
Geilenkirchener Markt

Senioren Union (SEN)

Sitzung des AK "Grundsatzprogramm"

Mittwoch, 03.05.2023 | 15:00 Uhr
im Heinrich-Köppler-Haus (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

Kreisverband: „Frühlingserwachen“ – Kennenlerntreffen der Stadt- und Gemeindeverbände der Senioren Union Rettungswache Geilenkirchen

Dienstag, 09.05.2023 | 15:00 Uhr
Geilenkirchener Markt (Treffpunkt)

Anmeldung bitte über die einzelnen SEN-Stadt- und Gemeindeverbände.

Senioren Union Heinsberg-Wassenberg: Vorstandssitzung

Dienstag, 16.05.2023 | 16:00 Uhr
im Heinrich-Köppler-Haus (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

Senioren Union Erkelenz: Mitgliedertreff

Dienstag, 23.05.2023 | 16:00 Uhr
im Café Kö, Kölner Straße 49, Erkelenz

CDA

Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes
Gastredner: Dennis Radtke MdEP

Mittwoch, 03.05.2023 | 19:00 Uhr
im Heinrich-Köppler-Haus (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

JUNI

Europa-Sommerfest mit Sabine Verheyen MdEP

Freitag, 23.06.2023 | 16:00 Uhr
Grillplatz Neu-Lohn, Jülicher Straße, Eschweiler (Neu-Lohn/Fronhoven)

CDU Kreis Heinsberg

Gedenkfeier zum 17. Juni – 70 Jahre

Samstag, 17.06.2023 | 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Schloß Zweibrüggen, Zweibrüggen 40, Übach-Palenberg

CDU GV Gangelt, CDU Selfkant, CDU GV Waldfeucht
Gemeinsame Veranstaltung mit Sabine Verheyen MdEP

Donnerstag, 22.06.2023 | 19:00 Uhr
Restaurant „Haus Hamacher“, Am Freibad 10, Gangelt

CDU SV Heinsberg

Mitgliederversammlung mit Wahl der Vertreter f. d. Kreisvertreterversammlung zur Europawahl 2024

Gastrednerin: Sabine Verheyen MdEP (s. Seite 11)

Donnerstag, 01.06.2023 | 19:30 Uhr
Stadthalle (Begegnungsstätte) Heinsberg, Apfelstraße 60, Heinsberg

CDU SV Wegberg

Mitgliederversammlung mit Wahl der Vertreter f. d. Kreisvertreterversammlung zur Europawahl 2024

Donnerstag, 01.06.2023 | 19:30 Uhr | Tagungsort offen

Frauen Union (FU)

Kreisverband: Spargelessen

Donnerstag, 01.06.2023 | Uhrzeit noch offen
Spargelhof Hensgens, Am Kreuzberg, Selfkant (Havert)

Senioren Union (SEN) Kreisvorstandssitzung

Dienstag, 13.06.2023 | 15:00 Uhr
im Heinrich-Köppler-Haus (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

Senioren Union Erkelenz: Mitgliedertreff

Dienstag, 20.06.2023 | 16:00 Uhr
und Dienstag, 15.08.2023 | 16:00 Uhr
jeweils im Café Kö, Kölner Straße 49, Erkelenz

KPV Kreisvorstandssitzung

Donnerstag, 01.06.2023 | 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr
im Heinrich-Köppler-Haus (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

Politisches Frühstück soll klären, wie es mit der EU weitergeht

Beim letzten Politischen Frühstück mit Wolfgang Bosbach gab es viele kritische Gesprächsimpulse zum Thema "EU-Osterweiterung" und der Aufnahme neuer Mitglieder.

Diese Impulse greift der CDU-Kreisverband auf und wird darüber mit unserer Europaabgeordneten Sabine Verheyen diskutieren: am Samstag, dem 1. Juli, 10 Uhr, in der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Schafhausener Straße 42 in Heinsberg.

Die CDU ist die Europapartei! Dafür stehen Adenauer, Kohl und Merkel. Trotzdem: Kritische Fragen müssen gestellt werden. Die EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 haben die EU und ihre Handlungsfähigkeit nicht unbedingt gestärkt.

Es kam anders: Die Idee eines geschlossenen, starken, handlungsfähigen Europas wurde verwässert.

Zum Beispiel Ungarn: Hier herrscht der autoritäre Putin-Freund Orbán, der gegen europäische Werte Wahlkampf macht.

Beispiel Bulgarien und Rumänien: Seit Jahren Schlusslichter im europäischen Korruptions- und Pressefreiheitsindex und seit Jahren Vollmitglieder. Haben die EU-Mitgliedschaften dieser Länder zu mehr Freiheit und Fortschritt geführt? Eher das Gegenteil: Die Milliarden EU-Mittel haben pseudode-



Sabine Verheyen
Europaabgeordnete

mokratischen und korrupten Regierungen geholfen, ihre Bevölkerung bei Laune zu halten.

Beispiel Nordmazedonien: Unvollständige demokratische Strukturen, Menschenrechtsverletzungen, Korruption. Trotzdem verhandelt man jetzt über die Vollmitgliedschaft. Das zu verstehen, fällt schwer. Geht es in der EU nur um Größe und territoriale Ausdehnung, um Symbolik und Rituale und darum, sich in der eigenen

„Brüsseler Blase“ wohlzufühlen? Damit es keine Missverständnisse gibt: Gerade wir hier im Dreiländereck wünschen uns mehr Europa. Wir wollen nicht zurück in eine Vergangenheit mit Grenzzäunen, Passkontrollen und drei Währungen im Portemonnaie.

Aber mehr Europa bedeutet eben nicht, den EU-Ballon so lange aufzublasen, bis er platzt. Ist eine immer größere EU automatisch eine immer stärkere EU? Das glauben wir nicht. Deswegen hatte unser CDU-Kreisverband Heinsberg bereits vor vier Jahren einen Antrag auf dem CDU-Landesparteitag eingereicht. In dem fordern wir, dass keine Neuaufnahmen in die EU erfolgen sollen, mindestens so lange, bis klare und eindeutige Regelungsmechanismen für Austritte, aber auch möglicherweise für Ausschlüsse festgelegt werden. Durch Parteitagsbeschluss wurde dieser Antrag einstimmig durch den 42. CDU-Landesparteitag in Düsseldorf an die NRW-Landesgruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zur Umsetzung überwiesen. Über diese Fragen (und natürlich Ihre Fragen!) möchten wir mit unserer Europaabgeordneten Sabine Verheyen und mit Ihnen am 1. Juli diskutieren. Anmelden können Sie sich unter anmeldung@cdu-kreis-heinsberg.de oder unter **02452 – 91990**.

Christoph Kaminski

UNION HS-Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Heinsberg

Herausgeber und Verlag:
CDU-Kreisverband Heinsberg
Schafhausener Str. 42 · 52525 Heinsberg
Tel. (0 24 52) 91 99 - 0
Fax (0 24 52) 91 99 - 40
info@cdu-kreis-heinsberg.de
www.cdu-kreis-heinsberg.de

Redaktion:
Bernd Krückel (verantwortl. im Sinne des Presserechts)

Druck: Druckerei Jakobs GmbH

Erscheinungsweise:
monatlich. UNION HS ist auf umweltfreundlich, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Reisen:
Der CDU-Kreisverband Heinsberg ist der Vermittler der Reisen, nicht der Veranstalter.

Bankverbindungen des CDU-Kreisverbandes Heinsberg:
Kreissparkasse Heinsberg
IBAN DE70312512200002001006
BIC WELADED1ERK
Volksbank eG Heinsberg
IBAN DE66370694123300984010
BIC GENODED1HRB

INFO AUS DER REDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser der Union HS,

mit Blick auf die kommende themenärmere Zeit wird die nächste Ausgabe eine „Doppelausgabe“ für die Monate Juni und Juli sein, die Sie dann in gewohnter Weise am 1. Juli im Briefkasten haben sollten. Aus diesem Grunde finden Sie im Innenteil nicht nur die aktuellen Termine für den Monat Mai, sondern auch schon die für den Folgemonat Juni. Durch die Zusammenlegung der zwei kommenden Ausgaben verschiebt sich auch der Redaktionsschluss auf den 15. Juni 2023.

Ihr Redaktionsteam

Interessantes über die Stadt und Wichtiges aus der Politik

Die Senioren Union des CDU-Kreisverbandes Heinsberg lädt alle Mitglieder und interessierte Gäste für Dienstag, 9. Mai 2023, 15 Uhr, zu einer kulturellen Frühjahrsveranstaltung ein.

Gestartet wird am Geilenkirchener Marktplatz. Die erfahrene Gästeführerin Berti Davids-Heinrichs zeigt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einige Sehenswürdigkeiten im Stadtkern von Geilenkirchen wie den Ehrenfriedhof an der Kirche St. Marien, das Gymnasium St. Ursula mit Kurzgeschichte zum Kloster, zur Burgruine und zur Schule, den Friedhof der Nonnen und das Haus Basten, das laut Gästeführerin alleine schon wegen der Bauart im Couvenstil zu Recht die "gute Stube" der Stadt Geilenkirchen ist.

Abschließend wird die „Haihofer Juffer“ die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren Bann ziehen, bevor der kurzweilige Rundgang durch die Stadt mit der Geschichte der Kornmühle und der früheren Synagoge endet.

Nach der Stadtführung möchten wir um ca. 16.30 Uhr den Nachmittag bei Kaffee und „Fla“ im "Hotel-Restaurant am Markt" ausklingen lassen. Die Verwaltungsspitze der Stadt Geilenkirchen wird uns dort begrüßen, etwas



Bei der Führung durch Geilenkirchen wird Berti Davids-Heinrichs auch über die Geschichte der Kornmühle berichten.

zur aktuellen Politik berichten und auch Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworten. Speisen und Getränke sind individuell zu bezahlen, die Stadtführung wird durch die Senioren Union des Kreises gesponsert. Die Gemeinde und Stadt-

verbände der Senioren Union im Kreis organisieren jeweils in den eigenen Verbänden die Anfahrt und nehmen die Anmeldungen entgegen. Freuen Sie sich mit uns auf einen unterhaltsamen Nachmittag.

Klaus Steingießer